

01) Wieso wir jetzt unbedingt Elektroautos brauchen – oder auch nicht

16. 07. 2021



Bild: Shutterstock

Elektromobilität und Windräder nur im Kombipack – eine Rechnung die nicht aufgehen kann

Die Idee der Elektromobilität entstand aus der Notwendigkeit, Abnehmer für den [Zappelstrom](#) (die Bezeichnung stammt von Prof. Sinn) von Windrädern und Photovoltaik-Anlagen zu finden. Die Vorstellung war die, dass die Elektromobile ständig über Smart Meter am Netz hängen und immer dann, wenn gerade mal zu viel Zappelstrom zur Verfügung steht, diesen aus dem Netz absaugen („Demand Side Integration“). In der einschlägigen Literatur wurde sogar der umgekehrte Vorgang diskutiert („Vehicle To Grid“). Damit sollten Netzinstabilitäten und Netzzusammenbrüche vermieden werden.

Autofahrer sollen die Windenergie finanzieren

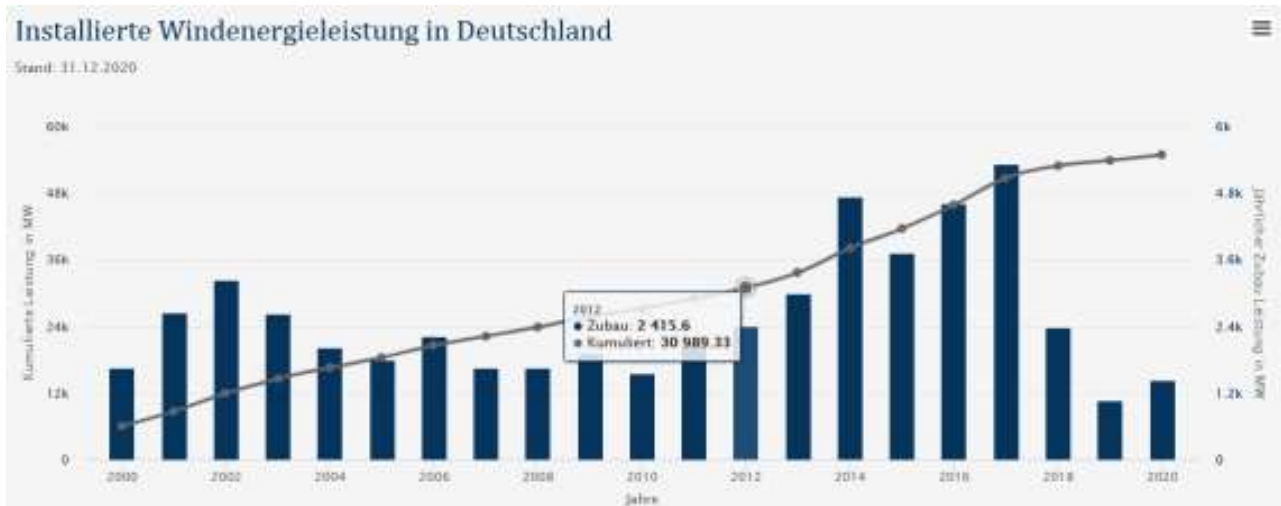
Man muss sich diese Frechheit auf der Zunge zergehen lassen: Die Elektroautos waren als Pufferspeicher auserkoren worden, um Netzzusammenbrüche durch die volatile Stromerzeugung zu vermeiden. Dabei hätten die Autofahrer die Kosten für die Netzstabilisierung über die vorzeitige Alterung der Akkus ihrer Fahrzeuge tragen sollen.

Woher soll der Strom für die Elektromobilität kommen?

Umgekehrt hätte es ja keinen Sinn gehabt die Stromnetze durch die Elektromobilität mehr zu belasten, da anderenfalls die Stromnetze bis zu 20 Prozent zusätzliche Last zu

bewältigen hätten. Diese ganze Idee war natürlich ein akademisches Hirngespinnst weltfremder „Experten“ in ihren Wolkenkuckucksheimen: Man muss sich das einmal praktisch vorstellen. Die Kommunen müssten jeden einzelnen Parkplatz mit einer Stromzapfsäule ausstatten (Kostenpunkt etwa 10.000 Euro pro Einheit). Für eine Million Pkw ergeben sich Kosten von zehn Milliarden Euro. Derzeit gibt es in Deutschland 65 Millionen Autos. Nicht mitgerechnet sind die Kosten, die entstehen, um sämtliche Straßen einer Stadt aufzureißen. Die Kommunen müssten dazu in Vorlage treten, weil anderenfalls niemand ein Elektromobil kaufen würde. Derzeit sind vorhandene Stromzapfstellen in den Städten permanent frei, weil die Elektromobile einfach nicht angenommen werden.

Der Ausbau der Windenergie ist ins Stocken geraten!



420 neue Onshore-Windenergieanlagen mit 1.431 MW Leistung wurden im Jahr 2020 neu installiert. Die installierte Gesamtleistung aus Onshore-Windenergie beträgt 54.938 MW

Quelle: Deutsche Windguard GmbH

Die obige Graphik zeigt, dass der Ausbau der Windenergie in Deutschland in den letzten Jahren ins Stocken geraten ist! Verantwortlich für den Rückgang des Zuwachses ist die deutsche Bundesregierung, die trotz aller anderslautenden Bekundungen bei der Windkraft auf die Bremse gestiegen ist. Sie hat nämlich ab 2018 die Förderbedingungen für Windkraftanlagen von einem fixen Einspeisetarif auf ein Bieterverfahren umgestellt. Demnach bekommt dasjenige Konsortium einen Zuschlag für die Errichtung eines Windparks, das den geringsten Einspeisetarif bietet. Gewinne sind da natürlich nicht mehr zu erwarten. Deshalb dürften sich die institutionellen Anleger (Banken, Versicherungen und Pensionsfonds) aus diesem Geschäft zurückgezogen haben.

„Bürgerwindgesellschaften“ sollen institutionelle Anleger ersetzen

Statt den institutionellen Anlegern ritzen jetzt sogenannte „Bürgerwindgesellschaften“ um die Zuschläge, berichtet der [Tagesspiegel](#). Tatsächlich haben diese 96 Prozent der Ausschreibungen offensichtlich bis 2022 „gewonnen“! Und diese Bürgerwindgesellschaften bestehen offensichtlich aus Menschen, die den Klimaschwindel glauben und sogar bereit waren, Einspeisetarife zu bieten (zum Beispiel 5,78 Cent/KWh), die etwa ein Cent unter jenem Preis liegen, zu dem ein Windrad gerade noch kostendeckend zu betreiben ist (6,5 Cent/KWh)! Konservativere Schätzungen gehen sowieso von einem notwendigen Einspeisetarif rund um acht Cent/KWh aus. Dabei wird nach dem Artikel des genannten Portals darauf spekuliert, dass die Preise für die Windräder noch sinken werden. Deshalb wird auch erwartet, dass sich die „Bürgerwindgesellschaften“ mit dem Ausbau Zeit

lassen, bis Ihnen Errichtungs- und Betriebskosten entgegenkommen. Was passiert, wenn sich die „Bürgerwindgesellschaften“ verspekulieren, ist jedoch offen.

Ein weiterer Grund für den schleppenden Ausbau der Windkraft ist die Tausend-Meter-Regel (siehe WDR: „[Energieverband: NRW-Pläne zur Windenergie drohen zu scheitern](#)“). Danach soll der Mindestabstand eines Windrades zu einem Wohngebiet mindestens 1000 Meter betragen. Diese Regelung ist auch nicht gerade für einen weiteren Ausbau der Windkraft förderlich.

Was sind die Gründe für das klammheimliche Bremsen des Windkraftausbaus?

Rechnet man zu den Onshore-Anlagen noch die Offshore-Anlagen hinzu (siehe [strom-report.de/windenergie/](#)), so beträgt die gesamte Bruttoleistung aller Windkraftanlagen in Deutschland 62.708 Megawatt. Dies wäre gerade die notwendige elektrische Leistung um den Strombedarf Deutschlands zu decken. Anders ausgedrückt heißt das, dass wenn alle Windräder auf Vollast laufen (was ja hin und wieder tatsächlich passiert), alle anderen Kraftwerke abgeschaltet werden müssen. Wird die Windenergie weiter ausgebaut, so bedeutet das, dass unter Umständen ein Stromüberhang entstehen kann, den man dann nach den Worten von Professor Sinn nur mehr mit Tauchsieder in der Elbe „verklappen“ kann. So ein Überhang entsteht derzeit immer wieder, was dazu führt, dass der Strom zu negativen Strompreisen exportiert werden muss.

Um den Stromexport zu Negativpreisen zu vermeiden werden neue Wind- und Solarstromverbraucher dringend gesucht!

Um jetzt sowohl die Wind- und Solarenergie weiter ausbauen zu können, werden Verbraucher speziell für das fluktuierende Stromangebot von Windrädern und Photovoltaikanlagen gesucht. Es geht also nicht darum, den bestehenden Strombedarf zu decken, sondern den Strombedarf zu steigern. In Frage kommen dafür Elektrovehikel, Wärmepumpen, Stahlproduktion mit Wasserstoff und andere Dummheiten (siehe Unser Mitteleuropa: [Die dümmsten Vorschläge der Klimahysteriker zum „Klimaschutz“](#))

Die „Energiewende“ erweist sich als reiner Selbstzweck. Es geht um ein gigantisches Business, bei dem die treibenden Akteure auf phantastische Gewinne hoffen, die der Konsument berappen soll!

Statt Energie und Ressource zu sparen, führt die „Energiewende“ zur größten Energie- und Ressourcenverschleuderung aller Zeiten unter dem Deckmäntelchen einer Klimareligion (siehe z.B.: Unser Mitteleuropa: [Klimaschwindel als neuer Motor der Wegwerfgesellschaft](#))

Zwar ist der ursprüngliche Gedanke die Elektromobile über Smartmeter zu laden unrealistisch, jedoch werden die Stromzapfsäulen höchstwahrscheinlich mit Sperrzeiten versehen: Strom gibt es dann nur, wenn der Wind weht. Selbiges gilt auch für die am Vormarsch befindlichen Wärmepumpen. Auch die sollen nur versorgt werden, wenn der Wind weht. Der gutgläubige Konsument, der glaubt mit seiner Investition in die Wärmepumpe für den Planeten etwas Gutes zu tun, muss halt dann irgend wann nochmals tief in die Tasche greifen, um die Wärmepumpe mit einem möglichst großen Wärmespeicher zu unterstützen. Wo dann allerdings in den sowieso, aus Kostengründen räumlich knapp bemessenen Reihenhäuser der Wärmespeicher mit sagen wir 10000 Liter platziert werden soll ist die Frage, vielleicht im Wohnzimmer? Natürlich wird darüber in der Öffentlichkeit derzeit nicht geredet, um nicht die wenigen Elektroauto- und Wärmepumpenkäufer vollends abzuschrecken. Derzeit ist in Deutschland ein Gesetz über die sogenannte

„Spitzenglättung“ in Vorbereitung (siehe FAZ: [Streit um „Spitzenglättung“ – Zwangsabschaltung bei überlastetem Stromnetz](#)). Dabei wird unterstellt, dass die Verbraucher das Problem der Stromversorgung sind. Es wird versucht zu vertuschen, dass das eigentliche Problem bei den intermittierenden Stromproduzenten liegt. Mit diesem Gesetz soll die rechtliche Grundlage geschaffen werden, um die Betreiber von Wärmepumpen und Elektrokarren bei Windstille einfach den Strom abzuschalten!

Sperrzeiten in Österreich bereits Realität

Bei den Wärmepumpen wird (zumindest in Österreich) versucht, den Wärmepumpenbesitzern spezielle Verträge mit günstigeren Tarifen anzubieten, die dann allerdings mit Sperrzeiten verbunden sind. Wenn kein Wind weht, bleibt das Haus eben kalt. Windstille herrscht im Winter vor allem bei kalten Hochdruckwetterlagen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Ge(nde)rmania

Von András Kelemen

16. 07. 2021



Bildquelle: Auswärtiges Amt

Obwohl der französische Präsident Macron sein Bestes gibt, um mit feinem Gespür die Rolle des europäischen Führers von Deutschlands Merkel zu übernehmen, sehen wir, dass es seit Napoleons Versuch eines Weltreichs keine französische Chance mehr gibt. Auch dann nicht, wenn der Brexit die britische Insel aus dem heimischen Spiel verdrängt hat.

Deutschland hatte das Messer in der Kehle der gewaltsamen Einigung Europas in zwei Weltkriegen, aber weil es selbst seine siegreichen Feinde brauchte, hat es den klassischen Clausewitz-Spruch, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, in den Wind geschlagen – und ist durch den militärischen Rückzug **in den Schatten der Vereinigten Staaten mit seiner wiedergewonnenen Wirtschaftskraft zur Führungsmacht der Europäischen Union geworden.**

Merkels politisches Gewicht war also so groß, dass sie im Namen Europas handeln konnte.

Das war in der **griechischen Finanzkrise** der Fall, aber auch, als sie sich auf einen **Deal mit Erdogan** einließ, um die Migrantenkrise zu reduzieren (und die Europäische Kommission bestenfalls die Bedingungen, die Merkel ihr auferlegt hatte, nicht erfüllen konnte). **Dieses germanisch dominierte Westeuropa mag es nicht, wenn seine Mitglieder unabhängig sind, besonders wenn es sich um neuere Mitglieder handelt.** Bundeskanzler Kohl war den Ungarn noch dankbar, dass sie die deutsche Einheit vorantrieben, doch dann wendete sich das Blatt.

Die deutschen Leitmedien überhäufen uns mit Verleumdungen. Sie mischen sich auch auf Themen ein, die wir zu Recht als unsere eigenen betrachten.

Wir sagen: Wenn Sie einen **Kredit aufnehmen** wollen, werden wir Sie nicht aufhalten. Wenn Sie **treibende Massen** aus dem Nahen Osten und Afrika **aufnehmen** wollen, ist das auch Ihre Sache (solange Sie uns da rauslassen). Obwohl Sie mit dem tödlichen Schatten der **Covidenepidemie** auf bürokratische, unehrliche und unverantwortliche Weise **umgegangen sind**, um Impfstoffe zusammen zu bestellen, haben wir für uns selbst schnell die Lücke gefüllt – und wir sind bereit, anderen mit unseren Überschussvorräten zu helfen. Und ja: **Wir mischen uns nicht in Ihre Familienpolitik ein, aber wir wollen unsere Kinder in unseren eigenen Familien großziehen.**

Sagen wir, aber vergeblich. Die “großen Jungs” wissen, dass nicht nur schlechte, sondern auch gute Beispiele ansteckend sind.

Sie befürchten, dass die ungarische Praxis für die Mehrheit der Europäer attraktiv werden könnte.

Nun, um **das zu verhindern, müssen die Kräfte der Welt alles tun**, um das “ungarische Ghetto” auszurotten. Natürlich ist es auch klar, dass hinter der deutschen Nachfrage andere Kräfte stehen. Es gibt das Gefühl eines historischen Schnäppchens, das bis heute lebendig ist: **Die Deutschen** haben zwar ihren eigenen materiellen Wohlstand geschaffen, aber sie **haben die Idee einer Nation, ja ihre deutsche Zukunft aufgegeben.** (Auf biologischer Ebene ist die schwindende Kinderzahl ein Indiz dafür.) Dennoch sind sie zu fürchten: Wir haben gesehen, wie schon die Vereinigung ihres Landes im Westen Abscheu hervorgerufen hat. **Deutschland kann stärker werden, aber es muss unter Kontrolle gehalten werden.**

Es gibt also eine steuernde Kraft hinter und über den Mauern von Merkels Deutschland.

Anzeichen dafür gab es gegen Ende des goldenen Zeitalters, das mit Adenauer begann. Ich denke da zum Beispiel an das tödliche Attentat auf den Präsidenten der Deutschen Bank

im Jahr 1989. Danach vervielfachten sich diese Phänomene. Die riesigen Bußgelder, die die Wirtschaftskraft von BMW und Volkswagen gelähmt haben, könnten ebenfalls eine solche Warnung sein.

Die erstaunliche Nachricht, dass die **USA zwischen 2002 und 2013 Merkels Telefon abgehört haben**, ist dem frommen Journalisten bekannt geworden. **Vor diesem Hintergrund ist das Schwanken von Merkels Politik leicht zu verstehen**: Erst erklärt die Kanzlerin 2010, dass der Multikulturalismus gescheitert ist, dann verkündet sie 2015 die unbegrenzte Aufnahme und macht Selfies mit den einströmenden Migranten, um dann in die Türkei zu eilen, um die Flut der Ankommenden zu stoppen.

Merkel ist das Musterbeispiel eines Politikers, der taktisch reagiert – und die Konsequenzen ignoriert. (Ein gutes Beispiel ist der übereilte Ausstieg aus der Atomstromerzeugung in Deutschland.) **Deshalb schrieb Stefan Aust 2018 in der Welt,**

Merkel sei “die Mutter aller Probleme”: mit ihrer Handlungsunfähigkeit sei verantwortlich für die deutsche Politik.

Und die **Dankbarkeit gegenüber dem ungarischen Volk kann man vergessen**. Wir sehen das zum Beispiel an den Chaoten im **Europäischen Parlament** und an der Wendung von **Manfred Weber**, dem Vorsitzenden der EVP, **gegen uns**. Eine wichtige Rolle bei diesem Umschwung spielte natürlich die Tatsache, dass, so wie **Merkel die CDU auf die andere Seite wechselte, so war es Webers Aufgabe, die Europäische Volkspartei nach links zu verschieben**.

Alles deutet darauf hin, dass der andere Deutsche, der Niederländer **Mark Rutte**, unbeholfen auf den Punkt gebracht hat:

Ungarn muss in die Knie gezwungen werden.

Das wichtigste Werkzeug dabei ist natürlich Geld. Der deutsche Außenminister **Heiko Maas** sagt, dass die Veto-Drohungen Ungarns und Polens die EU “in Geiselnhaft” genommen haben und dass die vorgeschlagene Antwort darin besteht, **politische Bedingungen an die EU-Zahlungen zu knüpfen**. Aber sie dachten auch, dass das Spektakel der Organisation der Wahlen nächstes Jahres ein Schocker sein würde. Die polizeilichen Schikanen gegen ungarische Fans bei der Ankunft in der Münchner Allianz-Arena und die Unterbrechung des Singens der ungarischen Hymne waren bereits eine Manifestation der **neuen Wunderwaffe, des Genderwahns**.

Dann kam der **7. Juli, der Debattentag der EP-Sitzung**, der sich an uns richtete. Die Arbeit der kommenden slowenischen Präsidentschaft war bereits in Vorbereitung. Am Tag der Debatte selbst **schloss sich schließlich auch die Präsidentin der EK, Ursula von der Leyen, den Angreifern an**. Sie nannte das Kinderschutzgesetz eine Schande und forderte eine Änderung dieser Maßnahme, die ausdrücklich in die nationale Zuständigkeit fällt. Und wenn eine deutsche Großmutter mit sieben Kindern Gender-Propaganda in Kindergärten und Schulen einführen will,

dann sehen wir hier wieder die für die deutsche Geschichte so charakteristische Missachtung von Grenzen.

Aber dieser **Anti-Ungarismus ist auch Antigermanismus**. Kürzlich hörte ich die Nachricht, dass ein germanischer Fernsehsender plant, eine **“neutralisierte Nachrichtensendung”** zu produzieren! Um die Brüsseler Politico zu zitieren: *“Nachrichten*

in Deutschland werden jetzt geschlechtsneutraler sein, kündigten acht führende deutsche, österreichische und Schweizer Nachrichtenagenturen am Montag [21. Juni] an." **Das bedeutet auch, dass die deutsche Grammatik umgeschrieben wird und das Geschlecht entfernt wird.** Genau wie in Amerika würden die Statuenstürmer die Geschichte umschreiben und den weißen Mann auslöschen.

Bislang haben wir gesehen, wie Deutschland blindlings abdriftet. Und

wenn Deutschland verloren geht, könnte ganz Europa zusammenbrechen.

Deshalb war die ungarische Verantwortung bei der deutschen Wiedervereinigung von großer Bedeutung. Und deshalb **hat sich unser Ministerpräsident, die Schranken der verzerrenden Lügen und Nachrichtensperren durchbrechend, nun direkt an die deutschlesende Öffentlichkeit gewandt**, indem er Ungarns Vorschläge für die Zukunft der Europäischen Union in Form einer bezahlten Anzeige in Bild veröffentlichte.

Der Autor, Dr. András Kelemen, ist Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten a.D. und Vizepräsident des Nationalen Forums

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Und am Ende hat Deutschland Europa erobert

Von Fabio Bozzo

14. 07. 2021



Brandenburger Tor · *Bildquelle: CM*

Der schottische Historiker Niall Ferguson, eine der Säulen der zeitgenössischen konservativen Geschichtsschreibung, stellt in seinem Buch [Der Schrei der Toten](#) eine, gelinde gesagt, verstörende These auf, nämlich dass Großbritannien zu Unrecht in den Ersten Weltkrieg eingegriffen hat. Nach Ansicht des großen Schriftstellers, der *bête noire* des linksintellektuellen Establishments und ehemaligen außenpolitischen Beraters der

republikanischen US-Partei in der Obama-Ära, ist die Vorherrschaft Deutschlands auf dem europäischen Kontinent etwas Unvermeidliches, aufgrund der Geographie und Demographie Europas selbst. In seiner Analyse erklärt und demonstriert Ferguson, dass Deutschland ohne die britische Intervention den Großen Krieg relativ leicht gewonnen hätte. Dieser Sieg hätte den großen deutschen Traum gekrönt: eine europäische Zollunion unter der Ägide Berlins, der eine schrittweise Konföderalisierung Mitteleuropas mit einer an der Mark orientierten Einheitswährung gefolgt wäre. Wenn Sie ein solches Programm an irgendetwas erinnert, müssen Sie nicht weit gehen, denn die aktuelle Europäische Union ist nichts anderes als das. Immerhin hatte Deutschland selbst als vorbereitende Maßnahme zur Bismarckschen Einigung eine Zollvereinigung, den sogenannten Zollverein.

Wie gesagt, das „teilweise deutsche“ Schicksal Europas ist nach Ferguson eine geographische Zwangsläufigkeit, die aber ein „Wenn“ so groß wie das ganze 20. Jahrhundert enthält. Hätte Großbritannien die Dominanz Berlins auf dem Kontinent akzeptiert (und damit den geopolitischen Pfeiler des Gleichgewichts der Kräfte verfehlt), hätte das neue Heilige Römische Deutsche Reich sicherlich eine Art europäische konföderale Supermacht hervorgebracht, aber gleichzeitig hätte das britische Empire mindestens hundert Jahre länger Bestand gehabt. Dies, kombiniert mit dem exponentiellen Wachstum der US-Macht (unvermeidlich unabhängig von Weltkriegen), hätte eine Art Weltgleichgewicht zwischen der europäisch-deutschen Kontinentalmacht und der angelsächsischen ozeanischen Macht geschaffen. Das dritte große Subjekt dieser Zeit, Russland, hätte zwar mit ziemlicher Sicherheit den Sturz des Zaren erlebt, wäre aber dem Kommunismus aus dem Weg gegangen und folglich eine imperiale Macht geblieben, wie es ihre eigenen Dimensionen vorschreiben, aber eingebunden in das internationale Konzert und nicht ideologisch dagegen. Unnötig zu sagen, dass mit dem deutschen Sieg 1914 der europäische Nazi-Faschismus gar nicht erst das Licht der Welt erblickt hätte.

Aber wie man so schön sagt: Geschichte wird nicht mit Wenns gemacht. Das 20. Jahrhundert ging, und heute hat Großbritannien, die einzige europäische Nation, die von Natur aus eine Vasallisierung durch den Kontinent nicht dulden kann, den Brexit vollzogen. Zugegebenermaßen ist dies ein relativ isolierter Brexit, da er nicht mehr die formidable Unterstützung hat, die London einst im britischen Empire hatte. Aber es ist ebenso wahr, dass die besondere Beziehung zu den Vereinigten Staaten dem alten Großbritannien eine unangreifbare geopolitische Unterstützung bietet, die so lange andauern wird, bis die Denkweise, die Black Lives Matter geboren hat, das [zerstört](#) hat, was von dem Amerika von Lincoln und John Wayne übrig geblieben ist.

Warum aber neigt Deutschland seit Karl dem Großen immer wieder zur kontinentalen Vorherrschaft? Wahrscheinlich, weil es, wie erwähnt, durch seine geographische Lage im Zentrum Europas ohne wirkliche territoriale Verteidigungsmöglichkeiten und durch seine Demographie, die die Deutschen zu einem zahlreichen und kompakten Block macht, dorthin gebracht wird. Es wäre jedoch falsch, den mittelalterlichen und vorvereinigten deutschen Kontext mit dem heutigen zu vergleichen (wie es der brillante britische linke Historiker A.J.P. Taylor tat): Die Geopolitik des heutigen Deutschlands wurde mit seiner Vereinigung 1871 geboren. An diesem Tag schufen Bismarcks politisches Genie und Moltkes militärische Professionalität das Deutsche Reich, das sich plötzlich als erste europäische Kontinentalmacht sah. Trotzdem hatte Bismarcks Größe eine Art, sich selbst zu übertreffen, auch nachdem das große Ziel erreicht war.

Der Eiserne Kanzler war sich sehr wohl bewusst, dass das neue Deutschland, gerade weil es stärker war als jeder seiner Nachbarn, zur spontanen Entstehung einer europäischen Koalition führte, die stärker war als er selbst. Mit anderen Worten: Die Angst vor der relativen Stärke Deutschlands verwandelte diese Stärke in absolute Schwäche. Um diese Gefahr zu

bannen, verbrachte Bismarck den Rest seiner Kanzlerschaft damit, Bündnisse zu schmieden, die das zerfallende Österreich-Ungarn immer enger an Berlin binden sollten (die Vasallisierung Mitteleuropas hatte bereits begonnen) und vor allem das Entstehen antideutscher Koalitionen verhindern sollten. Mit der Absetzung des alten Einigers Deutschlands trat die Berliner Diplomatie jedoch in ihre zweite Phase ein, die einen vertikalen qualitativen Einbruch erlebte und die Bismarcksche Ausgeglichenheit und das Taktgefühl zugunsten einer manchmal kindischen Aggressivität aufgab. Diese Aggressivität war bekanntlich eine der Hauptursachen des Ersten Weltkriegs. Aber den Konflikt als Ergebnis deutscher Schikanen und der Entstehung antigermanischer Koalitionen zu sehen, ist verkürzt. Damals wie heute fühlte sich Deutschland eingekreist, weshalb es den Kriegsausbruch beschleunigte, bevor die irreversible habsburgische Dekadenz und das scheinbar unaufhaltsame russische wirtschaftlich-militärische Wachstum die Koalition, den Feind Berlins, unumkehrbar mächtiger machte. Aber was waren die Ziele der deutschen Geopolitik? Im Wesentlichen, wie wir gesehen haben, die wirtschaftliche Unterwerfung Europas. Aber für eine genauere Antwort gibt es keine bessere Quelle als das Septemberprogramm (Jahr 1914), das vom Stab des Kanzlers Bethmann-Hollweg erstellt wurde.

Die Hauptpunkte dieses Programms waren die Annexion Luxemburgs, die Vasallisierung Belgiens und Hollands, die dauerhafte Schwächung Frankreichs, die Schaffung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes, der durch eine Zollunion von „Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und vielleicht Italien, Schweden und Norwegen“ erreicht werden sollte, die de facto von Deutschland dominiert und de jure egalisiert werden sollte. Dies gilt für Mittel- und Westeuropa. Im Osten sollte eine Reihe von Gebieten, beginnend mit Polen, der Ukraine und den baltischen Staaten, dem Russischen Reich entrissen werden, um Vasallenstaaten Berlins zu werden, das sie wirtschaftlich ausbeuten sollte. Als Sahnehäubchen sah das Septemberprogramm auch die Schaffung eines riesigen und territorial zusammenhängenden afrikanischen Kolonialreichs, genannt Mittelafraka, zum Nachteil aller anderen Kolonialmächte und das Ende der als „unerträglich“ definierten britischen ozeanischen Hegemonie vor. Es ist klar, wie der deutsche Historiker Fischer gut erklärt, dass Berlin einen echten „Angriff auf die Weltmacht“ durchführte, mit dem ultimativen Ziel, die planetarische Supermacht zu werden, die es seit der Zeit Roms nicht mehr gegeben hatte. Wohlgemerkt: Das Septemberprogramm wurde von Bethmann-Hollweg entworfen, um die Forderungen der fanatischsten Expansionisten zu mäßigen, die seither die ärgsten politischen Feinde des Kanzlers waren!

Es ist offensichtlich, dass die deutsche Diplomatie, sobald der Konflikt begonnen hatte, die Gnade des Gleichgewichts und die Gabe des Realismus verloren hatte. Zwar hatten die deutschen Imperialisten in allen anderen europäischen Großmächten Gegenspieler, aber nicht einmal der schlechte Versailler Frieden erreichte solche Allmachtswahnvorstellungen, ebenso wenig wie die Westalliierten Deutschland einen so verheerenden Frieden zufügten wie in Brest-Litowsk dem ehemaligen russischen Reich. Und das, um es klar zu sagen, rechtfertigt in keiner Weise die Schikanen, die in Versailles begangen wurden.

Mit dem Zusammenbruch des Bismarckschen Reiches endete die zweite Phase der einheitlichen deutschen Geopolitik, und nach dem Stand-by der Weimarer Republik begann die dritte: die nationalsozialistische. Hitler reduzierte paradoxerweise die deutschen Ambitionen, während er sie mit einer Aggressivität einforderte, die selbst für seine schlimmsten Vorgänger unvorstellbar war. In der Erkenntnis, dass Deutschland nicht stark genug war, um sowohl West- als auch Osteuropa zu dominieren, beschloss der ehemalige Gefreite, sich auf den Osten zu konzentrieren, der relativ schwächer, weniger dicht besiedelt und für die Interessen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten weniger entscheidend

war. Immer mit dem Ziel, ein von Deutschland abhängiges „föderales“ Europa zu schaffen. Hitler übertrieb aber auch im Expansionismus und vor allem in der Brutalität. Dies provozierte den zweiten Konflikt und die Vernichtung von Deutschland.

Zerstört, besetzt, im Osten verstümmelt und moralisch verflucht, konnte der deutsche Staat während des Kalten Krieges nichts anderes tun, als sich auf die Wirtschaft und die Wiedervereinigung zu konzentrieren. Kam Letzteres schließlich dank des amerikanischen Sieges über den Sowjetkommunismus zustande, so vollbrachten die Deutschen auf wirtschaftlicher Ebene ein Wunder jenseits aller Erwartungen. Aus den Trümmern, die ruinöser nicht sein könnten, schafften sie es, wieder die erste Volkswirtschaft in Europa zu sein, gefürchtet und beneidet sogar von ihren ehemaligen Gewinnern. Wir treten also in die vierte geopolitische Phase nach der Wiedervereinigung Deutschlands ein: die europäische Integration. In dieser Phase ist Berlin (endlich, könnte man mit einem Hauch von makabrer Ironie sagen) ebenso geschickt wie subtil. Von 1989 bis heute hat Deutschland es tatsächlich geschafft:

- die kommunistisch verwüstete ehemalige DDR wieder aufzubauen und einen Großteil der Kosten den anderen Mitgliedsstaaten aufzubürden;
- trotz der hohen Kosten der Wiedervereinigung die führende Wirtschaft des Kontinents bleiben;
- fast der gesamten Europäischen Union eine gemeinsame Währung aufzuerlegen, die nichts anderes ist als die Deutsche Mark mit einem anderen Namen;
- eine Gemeinschaftsexekutive zu schaffen, die immer und in jedem Fall die deutschen Interessen schützt, möglichst unter Beachtung der Interessen der anderen Mitgliedsstaaten, notfalls auch unter Umgehung derselben, ohne allzu viele Komplimente.

All dies hat – die widerstandsfähigeren Leser werden es bemerkt haben – eine außerordentliche Ähnlichkeit mit dem Wirtschaftsprogramm, das im Septemberprogramm enthalten ist: kurz gesagt, die Schaffung einer integrierten europäischen Wirtschaft, in der die verschiedenen Satelliten um die germanische Sonne kreisen. Wie der nie ausreichend beachtete Umberto Bossi 1999 sagte: „Um nach Europa zu kommen, haben sie uns geschoren, um zu bleiben, werden sie uns häuten. Mit dem Euro wird das Finanzrecht ein Fax aus Berlin sein“. Eine weitaus zutreffendere Vorhersage als die von Romano Prodi, der erklärte: „Mit dem Euro werden wir einen Tag weniger arbeiten und verdienen, als ob wir einen Tag mehr arbeiten würden“.

Lassen Sie uns unsere kurze Reise mit einer Klarstellung beenden: Machen Sie nicht den Fehler, antideutsch zu werden. Deutschland, dessen Kultur ein wahres Erbe der Menschheit ist, tut nichts anderes, als seine eigenen Interessen zu verfolgen. Das hat es auch in der Vergangenheit getan, allerdings mit einer exzessiven Brutalität, die nicht wenig dazu beigetragen hat, zwei Weltkriege zu provozieren, aus denen diese große Nation fast ausgelöscht hervorging. Betrachten wir das Nazi-Kapitel als eine unglückliche und durchaus vermeidbare Ausnahme, so wollen wir die Ähnlichkeit der geopolitischen Ziele Deutschlands heute und 1914 betrachten. Das sollte uns weder überraschen noch erschrecken: Wie wir gesehen haben, sind sie das Ergebnis von Geographie und Demographie. Deutschland ist nicht schuldig, seine eigenen Interessen zu bedienen, die wahren Schuldigen sind die Führungen der anderen europäischen Länder, die sich nicht als fähig erweisen, die ihrer eigenen Völker zu schützen (mit der klassischen und wiederkehrenden Ausnahme Großbritanniens). Die nahe Zukunft wird die Regierungen in Berlin vor zwei Fragen stellen, die je nach Antwort unglaublich unterschiedliche geopolitische Ausgänge haben:

1. Wird Deutschland die europäische Integration mit der aktuellen Linie der „harten“ Finanzierung vorantreiben müssen, oder wird es dazu bekehrt werden, sich aufzuweichen und die Unterschiede und Schwächen des größten Teils des Kontinents zu akzeptieren?
2. Wird Berlin, nachdem es im Wesentlichen die Hegemonie in Europa erlangt hat (wenn auch mit dem allgegenwärtigen britischen atlantischen Wächter), den Weg des einfachen Europäismus weitergehen oder wird es sich, wenn auch nur wirtschaftlich, in einen neuen „Angriff auf die Weltmacht“ stürzen, vielleicht mit Versuchen gefährlicher und unangemessener Synergien mit China?

Die erste Frage lässt sich in eine Frage der Größe übersetzen: Wenn Berlin die harte Linie beibehält, werden wir wahrscheinlich die Geburt eines kleineren, aber kompakteren Europas erleben, das nur aus den Ländern besteht, die mit der deutschen Wirtschaft mithalten können. Diese Wahl wird einige Stücke auf dem Weg verlieren, angefangen mit Griechenland, und wird den Sezessionismus in Italien wieder in den Vordergrund rücken, da die duale sozioökonomische Natur zwischen Nord und Süd noch stärker als in der Vergangenheit unter Druck gesetzt wird. Entscheidet sich Berlin dagegen für eine weiche Linie, wird sich die Europäische Union weiter ausdehnen, ohne jedoch mehr zu werden als das, was sie jetzt ist: ein seelenloser Wirtschaftsverband, in dem die Klügsten hinter dem Rücken der weniger Skrupellosen Geschäfte machen.

Die zweite große Frage nach der deutsch-europäischen Zukunft ist noch beunruhigender. Wird sich Berlin mit seiner derzeitigen europäischen Dominanz zufrieden geben oder wird es die Unantastbarkeit des Atlantismus vergessen? Im ersten Fall ist es wahrscheinlich, dass sich die kommenden Jahrzehnte nicht sehr von denen unterscheiden werden, die gerade vergangen sind. Im zweiten Fall aber ist sicher, dass die große Wahrheit des ehemaligen US-Außenministers (und gebürtigen Bayern) Henry Kissinger mit Wucht zurückkehrt: „Armes Deutschland, zu groß für Europa und zu klein für die Welt“.



Fabio Bozzo

Abschluss in Geschichte mit Spezialisierung auf Moderne und Zeitgeschichte an der Universität Genua. Essayist, ist Autor von *Ucraina in fiamme. Le radici di una crisi annunciata* (2016), *Dal Regno Unito alla Brexit* (2017), *Scosse d'assestamento. „Piccoli“ conflitti dopo la Grande Guerra* (2020) und *Da Pontida a Roma. Storia della Lega* (2020, miteinem Vorwort von Matteo Salvini).

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Deutschlands Verbot der Hamas-Flagge: eine oberflächliche Maßnahme

Von Soeren Kern

06. 07. 2021



Die Flagge der Hamas, eine Kalligrafie der Schahāda vor grünem Hintergrund · Von Guilherme Paula, Oren neu dag - self-made, based in Image:Hamas flag2.png, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=2741983>

- Deutsche Bundestagsabgeordnete sagten, das Verbot der Hamas-Flagge habe zum Ziel, „ein klares Signal“ der Unterstützung „an unsere jüdischen Bürger“ zu senden. Andere wiederum taten das Verbot als leere Geste ab, um Kritiker der pro-islamistischen Außenpolitik der Bundesregierung vor den anstehenden Bundestagswahlen im September zum Schweigen zu bringen.
- „Ein Flaggenverbot bleibt eine oberflächliche Maßnahme, wenn die Strukturen der betroffenen Verbände und Parteien nicht oder nur unzureichend betroffen sind.“ — Alex Feuerherdt, Mena Watch
- „Was wir in Deutschland seit einiger Zeit erleben, zeugt von einem tief verwurzelten muslimischen Antisemitismus. Deshalb hätte man sich gewünscht, dass die Politik schon 2015 aktiv gewesen wäre.“ — Ramin Peymani, deutsch-iranischer Autor
- „Wo Antisemiten auftauchen, versuchen Politiker und Medien, sie ins rechte Lager zu drängen, obwohl es sich immer wieder um deklarierte Linke handelt, die gegen Israel hetzen und andere auffordern, nicht bei den Juden zu kaufen. Die politische Lüge des meist rechtsextremistischen Antisemitismus wurde so oft erzählt, dass irgendwann niemand Einspruch erhoben hat.“ — Ramin Peymani, deutsch-iranischer Autor
- „Die politischen Führer in Europa erwachen erst allmählich aus ihren multikulturellen Tagträumen. Dies beruht jedoch weniger auf der reifen Erkenntnis, dass die eigene Politik gescheitert ist, als auf dem Druck der Wähler, die um ihren Wohlstand und ihre Sicherheit fürchten.“ — Ramin Peymani, deutsch-iranischer Autor

- Deutschlands Verbot von Hamas-Flaggen folgt einem bewährten Muster, halbherzige Maßnahmen zur Bekämpfung des radikalen Islam in Deutschland anzukündigen. Insbesondere die deutsche Regierung hat eine lange Geschichte der Heuchelei gegenüber Israel und dem jüdischen Volk.



Weiterlesen bei [GATESTONE INSTITUTE](https://www.gatestoneinstitute.org/), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Migrationsforscher: Deutschland hat ein Islamismus-Problem

Von David Berger

30. 06. 2021



Migrationsforscher Professor Ruud Koopmans hat gegenüber der Bild-Zeitung anlässlich des islamistischen Terroranschlags in Würzburg und der Reaktionen der Bundesregierung erklärt: „Die Verneinung des religiösen Hintergrunds führt dazu, dass das Problem nicht erfolgreich bekämpft werden kann.“

Für Koopmans ist klar: Deutschland hat ein Islamismus-Problem – und das liegt auch an der Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung. Laut Koopmans kommen „überwiegend junge Männer aus Ländern, in denen der gewalttätige Islamismus sehr stark verbreitet“ sei. Und der Experte stellt weiter fest, dass man die Folgen dieser „explosiven Mischung“ bei Terrorattacken wie in Würzburg – aber auch in der Kriminalstatistik sehe. Für den Migrationsforscher ist klar: „Es gibt eine sehr hohe Überrepräsentation dieser Zuwanderergruppe insbesondere bei schweren Gewalt- und Sexualdelikten.“

Zuwandererkriminalität im Bereich schwerster Straftaten gegen das Leben

Zudem liegt dem Magazin Focus eine BKA-Analyse vor mit Informationen zur Zuwandererkriminalität im Bereich schwerster Straftaten gegen das Leben: So zählt das Bundeskriminalamt zwischen 2016 und 2020 insgesamt 2.000 Tötungsdelikte (1.989 aufgeklärte Fälle), bei denen mindestens ein Zuwanderer als Täter ermittelt wurde.



Zurecht hat Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin der Alternative für Deutschland, dazu bemerkt: „Würzburg hat erneut gezeigt: Merkel hat mit der illegalen Grenzöffnung den islamistischen Terror und zahllose junge Männer importiert, die mit schweren Gewalt- und Sexualdelikten den Alltag in Deutschland verändert haben. Mädchen und Frauen sind, wie in Würzburg, die bevorzugten Opfer dieser von Merkel importierten Tätergruppe. Und ihr Regierungssprecher faselt faktenwidrig etwas von einem „Amoklauf“. Lüge und Vertuschung im Vorwahlkampf, um von Merkels historischem Versagen abzulenken.“

Durch Merkels Politik gestorben

Auch die drei Frauen von Würzburg seien „mittelbar durch Merkels Politik“ gestorben. Derzeit seien mehr als 290 000 Ausländer ausreisepflichtig, die dennoch nicht abgeschoben werden.

Die AfD fordere daher das Ende der fortgesetzten Masseneinwanderung und die sofortige und konsequente Abschiebung von „Gefährdern, Kriminellen und psychisch labilen Islamisten zum Schutze der hier lebenden Menschen, aber auch die konsequente Abschiebung von allen anderen illegal Eingereisten ohne Schutzgrund. Dänemark und Ungarn sollen unsere Vorbilder sein.“

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Österreich ist erstes europäisches Land, das die Muslimbruderschaft offiziell verbietet

14. 07. 2021



Das Emblem der Muslimbruderschaft. Unter den Schwertern: "Seid bereit"

Mit dem neuen Anti-Terror-Gesetz, das am 8. Juli im Parlament verabschiedet wurde, wird Österreich zum ersten europäischen Land, das die Muslimbruderschaft verbietet, die vor fast einem Jahrhundert vom Ägypter Hassan al-Banna gegründet wurde.

Die Muslimbruderschaft stand bereits seit dem Anschlag in Wien, bei dem am 2. November 2020 vier Menschen getötet und 23 verletzt wurden, im Fadenkreuz der österreichischen Regierung. Sie wurde nun Ende letzter Woche, am 8. Juli, als eine Organisation, die mit „religiös motivierter Kriminalität“ in Verbindung steht, auf die schwarze Liste gesetzt. Ihre Slogans und Literatur wurden verboten und ihr Besitz oder ihre Verbreitung wird nun mit einer Geldstrafe von 4.000 Euro und einem Monat Gefängnis bestraft.

Wien wurde sofort auf Seiten, die der Muslimbruderschaft und der türkischen Millî Görüş Organisation nahestehen, „Islamophobie zu schüren“ und „Angriffe gegen Muslime zu multiplizieren“. Dennoch bleibt Österreich das einzige Land in Europa, das dem Islam einen offiziellen Status einräumt. Zudem ist das Land seit langem eine der wichtigsten Hochburgen der Muslimbruderschaft und eines der finanziellen Zentren des politischen Islamismus auf dem Alten Kontinent.

Das österreichische Anti-Terror-Gesetz wurde am 8. Juli verabschiedet. Es gibt den Behörden erweiterte Vorrechte im Bereich der Überwachung und Kontrolle von extremistischen Kreisen. Die wichtigste Maßnahme ist jedoch die Aufnahme der Muslimbruderschaft in die Liste der „extremistischen Gruppen, die mit religiös motivierten Verbrechen in Verbindung stehen“. Der Name der Bruderschaft gesellt sich damit zu denen von Islamischer Staat (ISIS, Daech), Al-Qaida, Hamas, Hisbollah, der kurdischen PKK, den auch in Frankreich und Deutschland verbotenen türkischen Grauen Wölfen und der kroatischen faschistischen Ustascha-Bewegung.

Nach dem neuen Anti-Terror-Gesetz wird der Besitz oder die Verbreitung von Slogans oder Dokumenten, die die auf der schwarzen Liste stehenden Gruppen verherrlichen, mit einer Geldstrafe von 4.000 Euro und/oder einer einmonatigen Gefängnisstrafe geahndet. Im Wiederholungsfall können die Strafen bis zu einer Geldstrafe von 10.000 Euro und sechs Monaten Gefängnis gehen.

Diese österreichische Strategie des „Symbolverbots“ erweist sich als effektiver als ein einfaches Verbot von Gruppen oder Vereinen, die sich sofort unter neuen Namen neu konstituieren. Laut Innenminister Karl Nehammer wurden seit der Einführung nach den November-Anschlägen im Jahr 2020 mehr als 27.000 Straftaten erfasst. Die Ausweitung auf die Muslimbruderschaft ist der härteste Schlag, der der Bruderschaft in Europa je versetzt wurde.

Quelle: [Marianne](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Im Schatten des Halbmondes – Islam in Österreich

Von EP

15. 07. 2021



Foto: free-images.com

Über den sinnfreien Diskussionen, ob der Islam zu Europa gehöre oder nicht, wird in der Öffentlichkeit die Realität übersehen. In Österreich leben mittlerweile über 1,2 Millionen Menschen, die sich zu einer oder der anderen Form des Islam bekennen. Das sind rund 14 Prozent der Bevölkerung. Wie konnte es so weit kommen?

Österreich ist der einzige Staat Europas mit religiösen Gesetzen. Im Jahre 1912 erließ der österreichische Staat ein Islamgesetz. Mit diesem wurde allen „Anhängern des Islam“ der Status einer Religionsgesellschaft verliehen. Hintergrund war, die bosnischen Armee-Angehörigen in Bezug auf konfessionelle Ehen mit Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften gleichzustellen.

Anfang der 60er Jahre ließ der damalige Führer der Muslimbruderschaft, Said Ramadan, in Österreich einen Verein seiner Mitbrüder gründen. Zehn Jahre später beantragte der Verein die Anerkennung einer ersten islamischen Religionsgemeinde. 1979 wurde dem Antrag stattgegeben, 1988 hob der Verfassungsgerichtshof die Entscheidung auf. Es klingt einfach, doch die Folgen liefen aus dem Ruder.

Plötzlich stand eine Organisation im Raum, die sich „Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich“, nannte, kurz IGGÖ. Sie behauptete, sich selbst konstituiert zu haben, alle Moslems in Österreich zu vertreten, und folgt einer eigenen Version des Islam, orientiert an der Muslimbruderschaft. Die Politik stand dem verständnislos gegenüber und ließ die IGGÖ gewähren. Mit Hilfe der Türkei, die nach und nach die Führung übernahm, schuf die IGGÖ faktisch außerhalb der österreichischen Gesetze stehende Gesellschafts-Strukturen. Willige und gut bezahlte Regierungsbeamte unterstützten sie dabei. So kennt der Islam keine Seelsorge, doch die Seelsorger der IGGÖ, bestellt vor allem aus der Muslimbruderschaft und anderen extremistischen Gruppen, kontrollieren das Leben der Moslems in Österreich.

Im Jahre 2009 konnte die IGGÖ ihren Hauptwunsch durchsetzen. Einzelne Moslems waren nie als Mitglieder aufgenommen worden. Durch eine Änderung ihrer Statuten erreichte die IGGÖ, dass nur mehr Vereine als Mitglieder mitreden durften. Ohne Frage waren das ausschließlich radikale türkische und arabische Vereine, ergänzt durch pakistanische, albanische und andere Gruppen. Fast alle dieser Vereine vertreten ausländische politische Parteien, der Staat spielt auf hilflos.

Hauptteile der IGGÖ – die nie eine religiöse Gemeinschaft war, sondern ein Dachverband politischer Organisationen – sind (jeweils mit zahlreichen Untervereinen) die in vielen Staaten als terroristisch verbotene Muslimbruderschaft; die ATIB, eine Abteilung der türkischen Behörde Diyanet; die Islamische Föderation, ein Verband der terrornahen Milli Görüs und der deutschen IGMG unterstehend; die Avusturia Türk Federasyon, der Österreich-Ableger der türkischen Partei MHP, mit ihrem berühmten Wolfsgruß; die UIKZ, eine fanatische türkische Sufisten-Bewegung; das Rijaset, eine extremistische islamische Vereinigung aus Bosnien; die UETD, der Ableger der türkischen AKP; Ahl-ul-Beyt, eine Abteilung des iranischen Nachrichtendienstes; sowie eine Anzahl kleinerer Terrorgruppen, zu denen Hamas, Hizb ut-Tahrir, Dar al-Janub, Tewhid und ähnliche zählen.

In der Folge gelang der IGGÖ ein Coup nach dem anderen. Ihr früherer Präsident, Anas Schakfeh, errichtete eine Privatstiftung, über die islamische Finanzbewegungen aus ganz Europa laufen. Trotz offener Finanzierung terroristischer Gruppen erhielt die österreichische Finanz nie Erlaubnis, dort nachzuprüfen. Die Privatstiftung wird von der Muslimischen Jugend (MJÖ) verwaltet, der von Ibrahim El-Zayat gegründeten Jugendabteilung der Muslimbruderschaft. Obwohl nur sehr wenige Mitglieder umfassend, wird die MJÖ aus staatlichen und politischen Quellen mit hohen Beträgen gefördert. Die Ausbildungsakademie der Muslimbruderschaft, die IRPA, wurde von der Erzdiözese Wien

in die Pädagogische Hochschule der katholischen Kirche eingegliedert. Die Erzdiözese kann sich seither rühmen, Islamlehrer nach den Vorstellungen der Muslimbruderschaft auszubilden.

Auf Wunsch der IGGÖ wurde 2011 von ihrem Vertreter im staatlichen Kultusamt ein neues Islamgesetz geschrieben. Auf intensiven Druck des türkischen Machthabers Recep Tayyip Erdoğan wurde die österreichische Regierung zur Umsetzung gezwungen. Der Leiter der türkischen Behörde Diyanet reiste dazu nach Österreich, gab der Regierung die Erlaubnis, das Gesetz zu erlassen, aber nur, wenn die Leitung der IGGÖ dem Diyanet übertragen werde.

Das Islamgesetz Neu trat 2015 in Kraft. Es litt an wesentlichen Mängeln, weil die verantwortlichen Politiker nicht bei der Türkei anecken wollten. So war die IGGÖ nie als Religionsgesellschaft staatlich anerkannt worden, erhielt aber Sonderrechte, die weit über jene anderer Religionsgemeinschaften hinausgingen. Den „Anhängern des Islam“ wurde die ihnen 1912 verliehene Anerkennung als Religionsgesellschaft ersatzlos entzogen. Das Islamgesetz 2015 war in großen Teilen verfassungswidrig, das störte die verantwortlichen Politiker nicht, Rechtskenntnisse sind ihnen fremd. Nicht zufällig kam es 2015 zum Sturm moslemischer Scheinflüchtlinge auf Österreich, um die neue Gesetzeslage richtig auskosten zu können.

Nach dem Terroranschlag vom November 2020, verübt durch einen islamischen Terroristen aus dem Nahebereich der Muslimbruderschaft, versuchten die Sicherheitsbehörden ein Vorgehen gegen die Muslimbruderschaft. Das scheiterte kläglich. Alle beteiligten Vereine sind weiter aktiv, kein einziger der führenden Funktionäre der Muslimbruderschaft kam in Haft. Die neue Integrationsministerin Susanne Raab bemühte sich, durch Einsetzung einer „Dokumentationsstelle für den politischen Islam“ einen Überblick zu erlangen. Das scheiterte kläglich an der Informations-Resistenz und fehlenden Qualifikation der bestellten Mitarbeiter.

Durch eine Novellierung des Islamgesetzes 2015 sollte ein wenig Ordnung in die Sache gebracht werden. So wollte die Regierung eine Listung der islamischen Imame, und eine Offenlegung der Geldflüsse der IGGÖ und ihrer Untervereine. Das nun war erst recht verfassungswidrig. Alle Kirchen und Religionsgesellschaften in Österreich verwenden ausländisches Personal, wickeln Finanzen zum Teil über das Ausland ab. Solange Politiker unter Islam eine Religion verstehen, werden sie nie Verständnis für Fakten aufbringen können. Imame sind Vorbeter, das könnte jeder sein. Doch die Imame der IGGÖ werden als eigene Kaste von Berufspriestern dargestellt, mit Talaren, eigener Liturgie und üppiger Bezahlung, ihre Hauptfunktion ist die eines politischen Sprachrohrs. Die Verflechtungen der IGGÖ in die Finanzierung und Unterstützung terroristischer Organisationen kann eine Gesetzes-Novellierung nicht im Ansatz verhindern, wenn der politische Wille fehlt.

Die angebliche Corona-Pandemie brachte die Unterschiede noch deutlicher zum Vorschein. Auch in Österreich trieb Polizei Betende aus Kirchen, wurden religiöse Versammlungen verboten – während umgekehrt in islamischen Vereinen ungehindert und unkontrolliert Treffen stattfinden konnten. Die IGGÖ, mit ihren parteipolitischen Verflechtungen, fühlt sich mittlerweile so mächtig, dass sie auf den Staat nur mehr verächtlich herabblickt. Tausende moslemische Neuankömmlinge, die Monat für Monat die Staatsgrenzen überschreiten, können die Machtposition der IGGÖ nur stärken. Die Grußworte „ich Asyl“ und „ich Kind“ sind Garant dafür, dass diese Personen bleiben.

Nur der Bevölkerung fällt auf, dass die Regierung seit dem Frühjahr 2020 nur mehr mit Verordnungen und Schnellgesetzen herrscht, die im Abstand weniger Tage erlassen

werden, dass jedoch nichts geschieht, um den Einfluss des radikalen Islam einzuschränken. Ist die Eroberung Österreichs noch umkehrbar?

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Österreich: Reformenstau hemmt Start-ups im Sprung

Von Dr. Johann Hühmair

13. 07. 2021



Bildquelle: fotocommunity.com

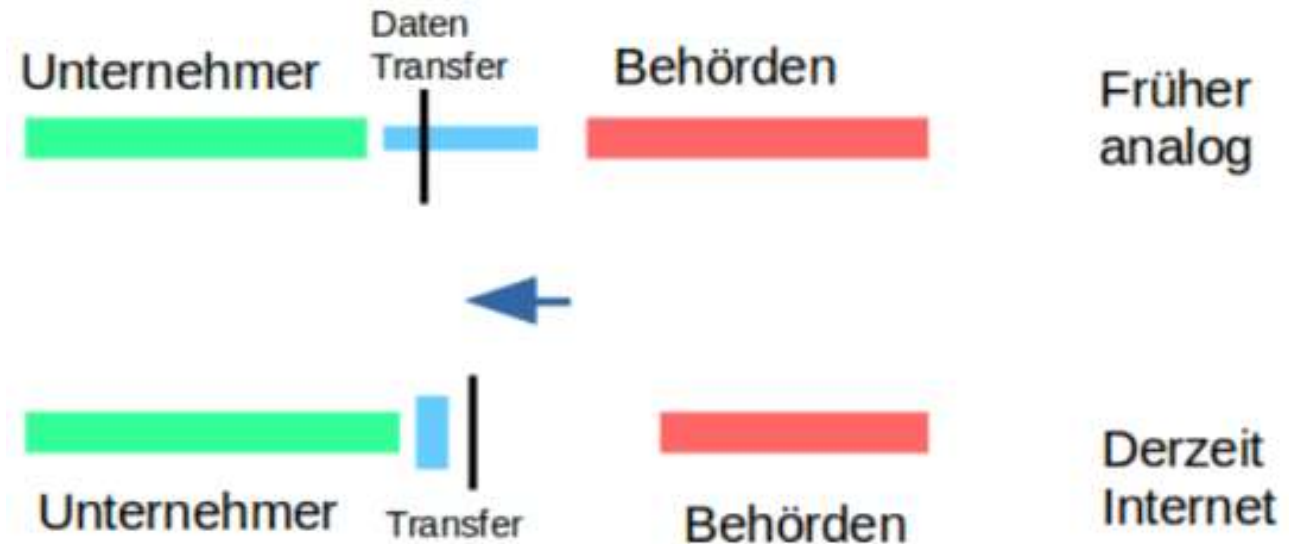
„Wenn die Welt einmal untergehen sollte, ziehe ich nach Wien, denn dort passiert alles 50 Jahre später.“ [Gustav Mahler](#)

Covid hat uns die Illusion der wirtschaftlichen Planbarkeit vor Augen geführt. Früher war die Annahme vorherrschend, ein guter Businessplan sei schon der halbe Gewinn. Diese Blauäugigkeit hat Covid nachhaltig berichtigt. Der Stau der Strukturreformen zieht sich über ein viertel Jahrhundert, Covid legt diesen latenten Konflikt offen.

Für viele Bürger sind die Rahmenbedingungen für Startups mit Bürokratie überladen, die Ausstiegshürden zu hoch, sagt Dr. Johann Hühmair von Restart. Startup-Rahmenbedingungen stecken in der Klemme; besonders intelligente Personen scheuen daher die Selbstständigkeit, trotz aller Lockmittel über Eintrittssubventionierung.

a) Die Digitalisierung hat den Behörden gewisse Vorteile gebracht, jedoch zu Lasten der KMU, erklärt Hühmair an konkreten Beispielen der Digitalbürokratie bei Mitarbeiter-An- und Abmeldung etc., wo etwa Multiple choice unter 19 Möglichkeiten angeboten wird. mit gesamt

fünf Eingabefelder. Dieses System erfüllt nicht die Funktionen dort, wo der geringste Aufwand entsteht, das wird sich so nicht lange halten können. Das sogenannte USP.gv.at erscheint eher als Unterbehörden-Slapstick-Portal, die Telefonservices senden die Unternehmer im Kreis, wie wir es bei einer Erstanmeldung eines Mitarbeiters selber erlebten. Erst die OGV-Mitarbeiter haben das Thema erfasst und mir telefonisch erklärt, wie man aus hunderten Wahlmöglichkeiten die richtige findet.



Alte Strukturen digitalisiert! Der Aufwand der Meldeübermittlung wurde von Behörden zu Unternehmen verlagert, jedoch ohne kundenfreundliche Bedienerstruktur.

b) Die Ausstiegshürden für Unternehmer und Bürgen gegenüber Gläubiger, meist Arbeitnehmerforderungen und Banken sind völlig rückständig, Relikte aus alten Zeiten. Die Gläubiger haben Schutzverbände, die vorwiegend ihre Leistung über die Historie-Quote begründen, den Unternehmen die letzte Liquidität herauspressen und somit wiederholte Insolvenzen provozieren. Ein Beispiel: Ein Elektroinstallateur ist in der 3. Insolvenz innerhalb 10 Jahren, da die Gläubigerschützer völlig blind Zahlungsplananträgen zustimmten, ohne die Liquidität für die 2-Jahre-Quotenfrist kritisch zu hinterfragen.

c) Beim Ausstieg lauern Irrtümer und Fallen der Bürokratie, beispielsweise die Haftungen der Geschäftsführer gegenüber Behörden oder Gläubigerinteressen (StGB 159), die zur Anwendung kommen können. Wegen Unkenntnis ist diese Gefahr hoch, die eine Entschuldung über Privatinsolvenz ad absurdum führen. Ein weiteres unplanbares Risiko.

d) Die Verjährungsfrist beträgt in Österreich immer noch 30 Jahre. Bei Irrtum des Businessplans besonders für versorgungspflichtige Familien ein nicht blind hinnehmbares Restrisiko.

e) Die Pfändungstabelle für Familienversorger in Österreich gilt als das Schlusslicht in Europa. Vom Pfändungsbetrag über dem Existenzminimum gehen 70% an die Gläubiger. In Deutschland sind für Versorgungspflichtige die Bedingungen besser, nur 50% über dem Existenzminimum gehen als Einkommenspfändung an Gläubiger.

Ein Beispiel: Der Mord an Ehefrau und Mutter in Imst zeigt das Beispiel eines Gestrandeten, der diese Beschämung nicht ertragen konnte und seine Frau und Mutter erwürgte. Er konnte die Verwürfe beider nicht mehr ertragen. „Ziel war es, sie zum Schweigen zu bringen“, sagte der Täter. Die Resultate werden bestraft, jedoch nicht die Ursachen: „Femizid an 31-Jähriger in Imst: Ehemann zu 20 Jahren Haft [verurteilt](#)“. Bei der Unternehmensgründung war sicherlich nicht in Erwägung gezogen worden, dass es solche Ausmaße annehmen kann.

Unerfahrenheit und Stolz etc. erscheinen als eine der Umstände des Resultates Mord. Dabei helfen auch hohe Strafmaße wenig. Siehe [Artikel](#) in Soziologie Heute, Juni 2021.

Es sind die Strukturen, die im Stau der Reformen stecken, die Behördenhierarchie kommt mit der Digitalisierung nicht mit, da die Strukturen aus alter Vorzeit ständig aufgebläht wurden und Reformen lediglich als Hinzufügungen erkennbar sind, wie im Falle der Insolvenzordnung.

Überlebensraten von 2009 neugegründeten und bis 2014 überlebenden Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen

Branche (ÖNACE)	Überlebensrate in % nach 5 Jahren
INSGESAMT	56,2
Bergbau	56,0
Herstellung von Waren	62,4
Energieversorgung	77,1
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	76,1
Bau	55,0
Produzierender Bereich	58,6
Handel	52,6
Verkehr	45,4
Beherbergung und Gastronomie	48,0
Information und Kommunikation	59,1
Finanz- und Versicherungsleistungen ¹⁾	57,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	67,6
Freiberufliche/techn. Dienstleistungen	56,1
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	44,1
Erziehung und Unterricht	53,7
Gesundheits- und Sozialwesen	65,9
Kunst, Unterhaltung und Erholung	50,4
Sonst. Dienstleistungen	59,5
Dienstleistungsbereich	55,9

Daher:

Struktur-Reform-Empfehlungen:

- 1) Dieses überzüchtete und entgleiste Sozialverrechnungssystem-Verrechnung ist für Großbetriebe noch handhabbar, es braucht für Kleinbetriebe ein Keyaccount System für Startup (ähnlich KFZ-Anmeldung).
- 2) Die Verjährungsfrist wäre von 30 Jahren auf maximal 10 Jahren herabzusetzen, wie die Schweiz in der „Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) als Musterbeispiel vorführt.
- 3) Diese Umweltdiskussionen und die Mehrwertsteuer auf kleine Instandhaltungsunternehmer, die MwSt.-Befreiung von derzeit € 30.000 auf € 100.000 anheben, Bürokratie abbauen, zumindest für die ersten fünf Jahre nach Start-up-Gründung.
- 4) Die Wirtschaftskammer hat Banken und Versicherungen als eigenen Sektor, obwohl sie keine Wirtschaftsbetriebe sind, bei Insolventen spürt man den Widerspruch da sich die WKO nicht um Gestrandete kümmert. Die FMA könnte eine strukturkonforme Heimat den Banken bieten. Eine Insolvenzurücklage in der WKO, am Beispiel der Arbeiterkammer, könnte die Nachbetreuung bei Insolvenz gewährleisten, etc.
- 5) Exekutionsordnung: Die Verteilung exekutierbaren Einkommens dem europäischen Standard anpassen.

Großunternehmer bleiben als Investoren fern

„So bringt man Unternehmen nicht dazu, in Österreich zu investieren“, sagt Hanno Loren von IMD. Österreichs Wettbewerbsfähigkeit sei gesunken, im [Wettbewerbs-Ranking](#) büßte Österreich drei Plätze ein und fiel von Platz 16 auf 19 zurück.

Ein Gestrandeten-Hilfswerk will den Gestrandeten aus eigentümergeführten Betrieben unter die Arme greifen, insbesondere die Erfahrungen Gestrandeter anderen Vereinsmitgliedern anbieten um in einer Sanierung nicht auf die Liquidität nach der Entschuldung zu vergessen.

Die Behördenhierarchie, Steuerberater und Juristen lassen meistens sowohl die Emotionen aus Beschämungen oft zur Seite und die Liquidität hinterher. Es bringt bei manchen Gestrandeten oft suizidale Depression hervor, die jedoch vordergründig zu regeln sei, sagten auch erfahrene Psychotraumatherapeuten. Wie Johann Hühnmair im Buch „Restart für Gestrandete“ berichtet, würde sich, sobald ein Unternehmer in Zahlungsstockung gerät, rasch wieder Zuversicht einstellen, wenn Vertrauen in einen Sanierungsbegleiter gefasst wird, der Sturm schlafloser Nächte legen. Eine geordnete Insolvenz-Abwicklung braucht Rahmenbedingungen, um nicht die Armutsvermehrung systembedingt zu fördern. Das Schöngerede des Aufschwungs in den Mainstreammedien trifft nicht auf Startups oder Kleinbetriebe zu.

Dr.
emeritierter
lebt
+437672
www.restart.at
office@restart.at

Johann
in

Hühnmair
Sanierungsbegleiter
Oberösterreich
27898

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Migranten töten wieder, dieses Mal in unserer Nachbarschaft

Von Andrej Sekulović

15. 07. 2021



Bildquelle: Demokracija

Der Mord an einem 13-jährigen Mädchen schockiert Wien. Die Verdächtigen sind afghanische Asylbewerber. Es ist ein weiterer der vielen brutalen Morde, die aus der Massenmigration resultieren. Wann werden die Europäer die Nase voll haben? Die politische Korrektheit hat die europäischen Gesellschaften von innen heraus vergiftet.

Ende Juni wurde unser Nachbarland Österreich von einem grausamen Verbrechen erschüttert. Es war ein neuer Mord in der Reihe der barbarischen Verbrechen, die von Migranten begangen werden, die mit Hilfe von ethnomasochistischen Linken und internationalen globalistischen Eliten nach Europa kommen. Diesmal ist das Opfer des Multikulturalismus ein 13-jähriges Mädchen, das von afghanischen Migranten brutal vergewaltigt und ermordet wurde. Über das Verbrechen selbst wurde in den Mainstream-Medien nur flüchtig berichtet. Es ist klar, dass das unnatürliche multikulturelle Experiment, das von der Mehrheit der politischen Klasse, den Mainstream-Medien und anderen Meinungsmachern in Europa weiterhin verfolgt wird, sich als ein kompletter Fehlschlag erwiesen hat, der eine Blutspur unschuldiger Opfer hinterlässt. Obwohl diese Meinungsmacher und die heutigen europafeindlichen Eliten angesichts solcher Gräueltaten immer wieder betonen, dass es sich um gestörte Individuen handelt und dass die Tatsache, dass die Täter Migranten oder deren Nachkommen sind, bei diesen Gräueltaten keine Rolle spielt, zeigen die Statistiken und Polizeiberichte etwas anderes. Im Verhältnis zum Import der „kulturellen Bereicherung“ aus der Dritten Welt steigt auch die Kriminalitätsrate. Gleichzeitig ist klar, dass diejenigen, die Massenmigration befürworten, selbst für solche Verbrechen verantwortlich sind.

Ein grausamer Mord schockiert Wien

Der brutale Mord an der 13-jährigen Leonie ereignete sich in einer Samstagnacht in Wien am letzten Juniwochenende. Ihre Leiche wurde von Passanten auf einer Wiese am

Straßenrand in Wien-Donaustadt abgelegt gefunden. Leonie stand zum Zeitpunkt ihrer Ermordung unter Drogeneinfluss. Sie wurde angeblich schwer geschlagen und dann erwürgt, und die Polizei glaubt, dass sie auch von Migranten vergewaltigt wurde, bevor sie erwürgt wurde. Mit Hilfe von Zeugen konnte die Polizei am Montag zwei Tatverdächtige festnehmen, einen 18- und einen 16-jährigen afghanischen Asylbewerber. Ein dritter Verdächtiger wurde bald von der Polizei ausfindig gemacht, die davon ausgeht, dass es mehr als einen Täter gegeben haben könnte. Leonie fand ihr grausames Ende in der Wohnung eines 18-jährigen Afghanen, wohin sie von dem jüngsten der Verdächtigen gelockt worden sein soll. Die Wohnung soll mit vier, manchmal aber auch mit bis zu fünf Migranten belegt gewesen sein. Dies deckt sich mit den Behauptungen der Polizei, dass es in Wirklichkeit vier Täter waren. Der jüngste Migrant verteidigt sich, indem er schweigt, während der 18-Jährige eine Beteiligung an dem Mord vorerst bestreitet. Leonie ging freiwillig in die Wohnung, was laut Polizei bedeutet, dass sie zwei der Verdächtigen bereits kannte. Wie sie nach Wien gekommen ist, ist nicht bekannt, da sie aus Tulln stammt. Leonie, wie viele Teenager und Pre-Teens heute, ist wahrscheinlich ihr ganzes Leben lang in der Schule und in den Medien davon überzeugt worden, dass Migranten wohlmeinende und freundliche Fremde sind, die nur unsere Hilfe und eine Chance auf ein besseres Leben wollen. Also vertraute sie, wie viele junge Mädchen vor ihr, auf Fremde, was ihr Schicksal besiegelte. Man muss sich auch fragen, wo die Eltern in dieser unglücklichen Geschichte stehen und ob auch sie von der politischen Korrektheit beeinflusst wurden, ihre Tochter im Geiste der „Toleranz“ zu erziehen, weshalb sie sich freiwillig in die Migrantenhöhle begab. Und wie kann es sein, dass sich ein 13-jähriges Mädchen mitten in der Nacht ohne elterliche Aufsicht in einer anderen Stadt wiederfindet?

Die Verantwortung der Gesellschaft

Auf der Suche nach den Tätern und den Ursachen, die zu solch abscheulichen Verbrechen führen, kommen wir zu unterschiedlichen Interpretationen. Die am weitesten verbreitete Interpretation, die von den Mainstream-Medien, Brüsseler Demagogen, NGOs und den verschiedenen Regenbogenpriestern des Egalitarismus verbreitet wird, ist natürlich, dass es sich um gestörte Individuen handelt. Ihr Verbrechen hat nichts damit zu tun, dass sie Migranten sind, die aus einem Kulturkreis kommen, in dem Frauen oft als minderwertig angesehen werden und es moralisch vertretbar ist, sie körperlich zu „bestrafen“, zu steinigen und so weiter. Auch sollten ihre Handlungen nicht mit der Tatsache in Verbindung gebracht werden, dass sie unterschiedliche angeborene ethnische Merkmale haben. Hier werden wir übrigens wieder Zeuge einer linksliberalen Heuchelei, denn auf der anderen Seite sagen diejenigen, die behaupten, dass wir alle gleich sind und es sich nur um unausgeglichene Individuen handelt, oft, dass wir gerade wegen der kulturellen Unterschiede mehr Verständnis für Migranten aufbringen sollten. Andere wiederum geben den Migranten selbst die Schuld, denn es wird deutlich, dass der wachsende Zusammenprall der Zivilisationen und die Gewalt der Migranten das Ergebnis der Unvereinbarkeit verschiedener ethno-kultureller Merkmale sind. Doch nicht nur Migranten müssen für solche Verbrechen verantwortlich gemacht werden, denn die größte Verantwortung liegt bei denen, die unsere Grenzen öffnen und Migranten nach Europa einladen. Politiker, NGOs, die Mainstream-Medien und diverse Mitläufer. Genau deshalb verbreiten sie, wenn solche Verbrechen begangen werden, das Narrativ, dass es sich nur um gestörte Individuen handelt, um ihre Hände zu waschen, die mit dem Blut aller unschuldigen Opfer von wilden Migranten und Terroristen befleckt sind. Die Mainstream-Medien und die Unterhaltungsindustrie verseuchen nicht nur die Köpfe junger Menschen, sondern auch die ihrer Eltern mit falschen Vorstellungen von Multikulturalismus und weißer Schuld, wodurch sich Eltern verpflichtet fühlen, ihren Kindern beizubringen, freundlich zu Migranten zu sein. Die westlichen Gesellschaften sind so sehr mit der weißen Schuld und der Lüge von der „kulturellen Bereicherung“ infiziert, dass Kinder nicht mehr verantwortungsbewusst erzogen werden,

sondern nach politischer Korrektheit erzogen werden. Solange sich die Gesellschaft nicht der Tatsache stellt, dass es sich dabei nicht um irgendwelche zufälligen Verbrechen handelt, und solange sie die Augen vor der Statistik verschließt und nicht bereit ist, Verantwortung gegenüber ihren Vorfahren und Nachkommen zu übernehmen, weil das politisch unkorrekt wäre, werden solche Gräueltaten leider weiterhin geschehen.

Verschärfung der Asylpolitik?

Der blutige Mord an Leonie hat die akute Debatte über Massenmigration in der österreichischen Öffentlichkeit neu entfacht. Die österreichische Bundesministerin für Europäische Union und Verfassung im Bundeskanzleramt, Karoline Edtstadler, hat angekündigt, verschiedene Experten zu Rate zu ziehen, um zu beurteilen, welche Migranten überhaupt für eine „Integration“ in die österreichische Gesellschaft geeignet sind. Allerdings hat die grüne Justizministerin Alma Zadic solche möglichen Maßnahmen bereits kritisiert. Nichtsdestotrotz hat die Volkspartei bereits härtere Maßnahmen für Asylwerber angekündigt, und Bundeskanzler Kurz hat gesagt, dass er nicht beabsichtigt, das Asylrecht während seiner Amtszeit zu lockern.

Wann ist genug genug?

Unabhängig davon stehen wir in ganz Europa vor Problemen, die gewisse Verschärfungen vielleicht ein wenig lähmen, aber nicht aufhalten können. Wir müssen uns fragen: Wann ist genug genug, was muss passieren, damit Europa aufwacht? Wir werden von europafeindlichen Eliten regiert, und ihre Hauptvertreter sind ethnomasochistische Linke, die sich weder um die Opfer noch um ihr eigenes Volk kümmern. Ein Beispiel für diesen Ethnomasochismus sahen wir 2016, als ein 17-jähriger Migrant, ebenfalls Afghane, die 19-jährige Maria Ladenburger, die Tochter des EU-Kommissionsmitarbeiters Clemens Ladenburger, in Deutschland vergewaltigte und tötete. Obwohl Maria ehrenamtlich im Migrantenzentrum tätig war, hatte ihr Vater bereits in ihrer Grabrede die Mitbürger dazu aufgerufen, Geld für verschiedene humanitäre Projekte zu spenden, unter anderem für lokale Projekte im Migrantenerunterkunftszentrum, anstatt Trauerblumen zu kaufen. Dies ist nur einer von vielen Morden, die nicht passiert wären, wenn die Brüsseler Eliten die Türen Europas nicht für die Massenmigration geöffnet hätten.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Österreich: FPÖ-Chef Herbert Kickl fordert Konsequenzen nach Mord an 13-jährigem Mädchen

29. 06. 2021



Der FPÖ-Parteichef Herbert Kickl im Interview auf FPÖ-TV.

Österreich erlebte den nächste Frauenmord, wie unsere Redaktion bereits berichtete. Diesmal wurde ein erst 13-jähriges Mädchen brutal aus dem Leben gerissen. Tatverdächtig sind zwei afghanische Asylwerber im Alter von 16 und 18 Jahren. Beide sind wegen Drogen- und Gewaltdelikten amtsbekannt, der Ältere saß auch bereits in Haft. Fazit: Das nächste Vollversagen von Innenminister Nehammer & Justizministerin Zadig.

Wer das Interview (siehe unten) mit dem FPÖ-Obmann sieht, weiß warum von Brüssel abwärts große Nervosität herrschte, als Kickl unter der damaligen ÖVP/FPÖ-Regierung bereit war, sich auch international mit den Kreisen anzulegen, denen Asylbetrüger und kriminelle Einwanderer verdanken können, nicht abgeschoben zu werden. Und nicht zuletzt wurde damals der Ibiza-Skandal von Deutschland aus losgetreten, der dann von Kanzler Sebastian Kurz als Vorwand genommen wurde, eine Koalition mit Kickl als Innenminister fortzusetzen. Die Rechnung dafür bezahlten die vier Terroropfer vom November in Wien und jetzt das 13-jährige Mädchen. Alle würden nämlich noch am Leben sein, wenn die Maßnahmen von Kickl zügig umgesetzt worden wären.

FPÖ-TV sprach mit dem Parteichef darüber:

Der im Video von Kickl angesprochene „10-Punkte Plan“ zur Abwehr von Gewalttaten durch Asylanten enthält folgende Forderungen:

- Aussetzen der Asylanträge auf österreichischem Boden
- Maßnahmen zur De-Attraktivierung des „Asylstandorts“ Österreich
- Ein klares Bekenntnis der gesamten Regierung zu Abschiebungen auch nach Afghanistan und Syrien

- Sofortiger Abbruch des Asylverfahrens von straffälligen Asylwerbern und sofortige Außerlandesbringung
- Aberkennung des Asylstatus beziehungsweise sonstiger Schutztitel bei jeder Form einer Straftat und sofortige Außerlandesbringung
- Schwerpunktaktionen zur Überprüfung der Aktualität der Fluchtgründe von Asylberechtigten
- Einführung einer Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber
- Umsetzung von Rückführungszentren in Drittstaaten
- Paradigmenwechsel in der europäischen Asyl- und Fremdenpolitik (zum Beispiel keine Asylanträge mehr auf europäischem Boden).
- Keine Staatsbürgerschaft für Asylberechtigte

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Südtirol: Skandal um Freiheitliche, die gegen Amnestie für Freiheitskämpfer stimmten

14. 07. 2021



Quelle © Ansafoto

In Südtirol sorgt das Abstimmungsverhalten der dortigen Freiheitlichen für Kopfschütteln und auch Empörung im patriotischen deutschsprachigen Lager. Der Grund: Die „Südtiroler Freiheitlichen – Das Liberal-Demokratische Bündnis“ [stimmten gegen einen Antrag der Südtiroler Freiheit](#), die ehemaligen „Bumser/Pusterer Buam“, also die Südtiroler Freiheitskämpfer der 1960er Jahre, zu begnadigen.

Freiheitliche setzen auf Österreichs grünen Präsidenten

Aktuell laufen interne Verhandlungen zwischen Italien und Österreich, die „Südtirol-Attentäter“ nach Jahrzehnten des Unrechts zu begnadigen. Zumal sich der Widerstand von der ersten Minute an immer gegen Sachen und nie gegen Personen richtete. Der

österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen (ein Politiker der Grünen) war deshalb vor Kurzem auf Staatsbesuch in Rom. Van der Bellen kündigte dabei an, dass er bei Sergio Mattarella, dem italienischen Präsidenten, die Begnadigungen aufs Tapet bringen werde und zeigte sich zuversichtlich, dass diese auch ausgesprochen wird.

Diesen Umstand nahmen wiederum die Freiheitlichen unter Obmann Andreas Leiter Reber zum Anlass, um im Südtiroler Landtag gegen den Antrag der Südtiroler Freiheit zu stimmen. „Man solle diese Verhandlungen jetzt nicht durch einen Beschlussantrag stören“, so die Argumentation, wobei man betonte, dass das „Nein“ zum Antrag kein generelles „Nein“ zur Begnadigung sei. Man setze eben Hoffnungen in Österreichs grünen Präsidenten, wobei unklar ist, wie ernst es dieser mit den Begnadigungen tatsächlich meint.

Am Ende wurde der Beschlussantrag mit 3 Ja, 22 Nein und 2 Enthaltungen vom Landtag abgelehnt, wobei sich die regierende SVP einmal mehr auf die Seite der italienischen Politik schlug.

Der Antrag forderte konkret: *Der Landtag soll sich für eine umgehende Begnadigung/Amnestie der verbliebenen Südtiroler Freiheitskämpfer aussprechen und den italienischen Justizminister, sowie den italienischen Staatspräsidenten auffordern, die ausstehenden Begnadigungen der Südtiroler Freiheitskämpfer der 1960er Jahre unverzüglich in Angriff zu nehmen, damit diese in ihre Heimat und zu ihren Familien zurückkehren können.*

Andreas-Hofer-Bund droht Freiheitlichen mit Ausschluss

Auf Unverständnis stieß das Vorgehen der Freiheitlichen beim Andreas-Hofer-Bund. Alois Wechselberger, Obmann des Südtiroler Schutzbundes, forderte von den beiden Freiheitlichen Landtagabgeordneten Ulli Mair und Andreas Leiter-Reber bereits im Vormonat eine Erklärung und drohte mit Ausschluss:

„Das jüngste Abstimmungsergebnis (auch) Ihrer Fraktion im Bozener Landtag hat weit über die Grenzen Gesamttirols hinaus hohe Wellen geschlagen. Wir vom Andreas-Hofer-Bund-Tirol (AHBT) wollen vorweg nicht über dieses Ergebnis urteilen, noch wollen wir einen Verfahren einleiten, ohne nicht zuvor auch die Betroffenen angehört zu haben.

Als Obmann des AHBT darf sich Sie beide ersuchen, uns die Beweggründe Ihres Wahlverhaltens möglich präzise darzulegen, um in weiterer Folge Ihrer Willensbekundung rechtlich und moralisch zu würdigen. Ich darf Sie ersuchen, dem Ansuchen unseres Bundes bis zum 15. Juni 2021 – schriftlich/per E-Mail – nachzukommen. Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, an einer raschen und objektiven Aufklärung mitzuwirken.“

Reber verteidigte sich in einem Antwortschreiben wiederum. Ihm gehe es nicht um das Ob, sondern das Wie:

„Nach vier gleichlautenden Begehrensanträgen die in den letzten Jahren nach Rom geschickt wurden, geht es nämlich längst nicht mehr darum ob der Südtiroler Landtag die Begnadigung fordert, wünscht und unterstützt, sondern um das Wie.“

Zudem betonte der Freiheitliche, dass die Forderungen eines „Traditionsvereins“ an den italienischen Staatspräsidenten eher das Gegenteil bewirken würden:

„Ich gehe zudem davon aus, dass es in den letzten Jahren auch mehrere inoffizielle Gespräche von Südtiroler Seite mit Mattarella gegeben hat. Inoffiziell bestimmt deshalb, weil Staatspräsidenten in Sachen Begnadigung ungern auf öffentliches Fingerschnippen geschweige denn auf Rundmails von Traditionsvereinen reagieren. Wer dann noch weiß,

dass Italiens Staatspräsidenten vermehrt am Ende ihrer Amtszeit Begnadigungen aussprechen und vor Augen hat, dass Mattarellas Amtszeit in sechs Monaten ausläuft, dann stimmen die Zeichen zuversichtlich. Ausgerechnet in dieser Phase Mattarella vom Südtiroler Landtag aus zum zweiten Mal aufzufordern, alle Freiheitskämpfer zu begnadigen, kann für die erhoffte, aber völlig unübliche Entscheidung nur hinderlich sein.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER